

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Januar/Februar 2020

Hauptstadt magazin



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



*Liebe Leserinnen,
lieber Leser,*

noch Ende vergangenen Jahres hat unser Landeshauptvorstand dafür gesorgt, dass der dbb berlin mit voller Kraft seine Gewerkschaftsarbeit in 2020 aufnehmen kann. Mit der Wahl von Martina Riedel hat er die Landesleitung wieder komplettiert und für die anstehenden Aufgaben verstärkt.

Und die sind nicht weniger geworden, wie die Beiträge unserer Mitgliedsgewerkschaften zeigen. Gewalt im öffentlichen Dienst, wachsende personelle Lücken, mangelnde Führungskompetenz, Digitalisierung oder Status der Berliner Lehrer sind nur einige Probleme, die uns auch weiterhin beschäftigen werden.

Unsere Titelgeschichte unterstreicht nochmals nachdrücklich, wie wichtig und notwendig es ist, den Attacken gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Öffentlichkeit den Kopf auch für von ihnen nicht zu vertretende Organisationsmängel hinhalten müssen, Einhalt zu gebieten. Totschweigen oder beschönigen hat längst keinen Sinn mehr!

Umso erfreulicher, wenn auch einmal Gegenteiliges berichtet werden kann. Beim Wohnungsbrand in Steglitz Ende vergangenen Jahres hat es statt Verunglimpfungen der Helfer eine spontane Welle der Hilfsbereitschaft gegeben, die exemplarisch für die Zukunft sein sollte.

Den Rücken von Bediensteten gestärkt hat auch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs, der zwei Strafvollzugsbedienstete vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung nach Gewährung von Vollzugslockerungen freigesprochen und damit ein anderslautendes Urteil des Landgerichts Limburg aufgehoben hat.

Ich wünsche mir im neuen Jahr, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in vielfältiger Hinsicht der Rücken gestärkt wird, sei es durch Gerichte, die eigenen Vorgesetzten oder auch eine Bevölkerung, die ihnen nicht länger die Auswirkungen politischer Fehlentscheidungen anlastet.

Für Sie persönlich möge 2020 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit bereithalten.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik	
Landesleitung tagte	4
Beamtendiskriminierung	5
Titelthema	
Busfahrer besser schützen!	6
Aus den Mitgliedsgewerkschaften	
Justizgewerkschaften kämpfen für den Wandel!	8
VLW pocht auf Lehrerverbeamtung	12
Jugend	
Mehr Mitsprache gefordert	13
Großbrand	
Welle der Hilfsbereitschaft	14
Unterhaltung	
Preisrätsel	15
Zum guten Schluss	
Verkaufsoffene Sonntage	16
Verpartnerte gleichbehandeln	16
Berliner des Jahres	16
Verbraucherzentrale warnt	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 17, gültig ab 1.10.2019. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. **Titelbild:** © gkl berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



Martina Riedel einstimmig in die Landesleitung gewählt!

„Ich freue mich, dass es gelungen ist, wieder eine kompetente Frau für diese Position zu gewinnen und damit zugleich die paritätische Besetzung in der Landesleitung des dbb berlin wiederhergestellt ist.“

Erstmalig begrüßen konnte Becker in der Landeshauptvorstandssitzung die neue Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins, Landesgruppe Berlin, Stefanie Schick. Sie tritt die Nachfolge von Stephan Szammetat an.

Auf der Tagesordnung der letzten Gremiensitzung des dbb berlin in 2019 standen insbesondere Haushalts-, Tarif- und Terminangelegenheiten sowie aktuelle Fragen.

Verdiente Gewerkschafter geehrt

Bei der anschließenden Weihnachtsfeier des Landeshauptvorstandes, zu der traditionsgemäß auch Gäste eingeladen werden, die den dbb berlin im laufenden Jahr tatkräftig unterstützt haben, ehrte Landeschef Frank Becker die Kollegen Peter Liebheit (Deutsche Justiz-Gewerkschaft), Martin Bolwig (Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Kirchenbeamten) und Stephan Szammetat (Deutscher Anwaltsverein) für ihr langjähriges Engagement in den Gremien des dbb berlin mit einem Präsent und einer sehr treffenden Dankesurkunde.

In dieser heißt es nämlich: „Für den dbb berlin bildet die ehrenamtliche Arbeit das Fundament der Arbeit innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion berlin.“

Dies ist uns allen bewusst und aus diesem Grund sagen wir Danke für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit innerhalb der Gremien des dbb beamtenbund und tarifunion berlin.

Danke für die unzähligen Stunden an persönlichem Einsatz, Herzblut und Leidenschaft bei der gewerkschaftlichen Arbeit.“ ■

In seiner letzten Sitzung 2019 hat der dbb Landeshauptvorstand am 17. Dezember Martina Riedel (DSTG) einstimmig in die Landesleitung gewählt und damit das Führungsgremium des dbb berlin nach dem Ausscheiden von Sandra Kothe wieder komplettiert.

Die neue stellvertretende Landesvorsitzende verfügt nicht nur über reiche gewerkschaftliche Erfahrungen, sondern erfreut sich auch ausgesprochen breiter Anerkennung bei den Beschäftigten. So gelang es der DSTG mit Martina Riedel im Jahre 2016, erstmals den Vorsitz des Gesamtpersonalrates der Berliner Finanzämter zu übernehmen, den sie heute noch innehat.

Riedel wird innerhalb der Landesleitung die Themen Arbeitsschutz, Recht der schwerbehinderten Menschen, Diversity-Management, Antidiskriminierung und Aus- und Fortbildung bearbeiten. Außerdem ist sie Ansprechpartnerin für DSTG, BDZ und VdB.

Parität gewahrt

dbb Landeschef Frank Becker zeigte sich hochzufrieden über die Verstärkung der Landesleitung durch die hochkompetente Gewerkschafterin:

Gastbeitrag von Burkard Dregger MdB, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

„Beamtendiskriminierung durch Antidiskriminierungsgesetz“

Das sogenannte Antidiskriminierungsgesetz ist in Wahrheit ein Beamtendiskriminierungsgesetz. Denn mit ihrem Gesetzentwurf unterstellt die Koalition aus SPD, Linke und Grünen jedem Landesbeamten, er diskriminiere jeden Menschen. Daher soll nach dem Willen der Koalition jetzt nicht mehr ein Beschwerdeführer seine Diskriminierung nachweisen. Sondern die Verwaltung soll zukünftig auch jedem, der seine Diskriminierung missbräuchlich geltend macht, das Gegenteil beweisen müssen.

Unserer Verwaltung drohen Entschädigungszahlungen, auch für einen Nicht-Vermögensschaden. Und unseren Beamten drohen disziplinarrechtliche Folgen einschließlich Beförderungsstopp.

Ich stelle mir jetzt den Angehörigen eines arabischstämmigen Clans vor, der von der Polizei vernommen, dessen Vermögen eingezogen wird oder der sonst Gegenstand einer polizeilichen Maßnahme ist.

Der kann allein dadurch, dass er missbräuchlich seine Diskriminierung wegen seiner Herkunft geltend macht, die Polizei unter Druck setzen und das polizeiliche Vorgehen bis zum Beweis des Gegenteils behindern. Was wird das mit unseren hoch motivierten Polizeibeamten machen? Die müssen erkennen, dass sie Ärger bekommen, wenn sie gegen die Clans vorgehen. Und sie werden keinen Ärger bekommen, wenn sie das unterlassen. Im Zweifel gegen unsere Landesbeamten! Wollen wir das?

Und das ist noch nicht alles. Da sich die Koalition wünscht, dass auch jeder Drogenhändler im Görlitzer Park, jeder Ausreisepflichtige seine Diskriminierung missbräuchlich geltend machen kann, soll auch noch das Verbandsklagerecht eingeführt werden. Dann können sich von der Koalition durch Steuermittel finanzierte Vereine dieser Rauschgifthändler annehmen und die Verwaltung unter Rechtfertigungszwang setzen. Und für die Dauer dieser Verfahren die Ausreisepflicht aussetzen lassen!

Man könnte diesen Unsinn ja in Erwägung ziehen, wenn es Erkenntnisse gäbe, dass Berliner Beamte regelmäßig diskriminierten und hier tatsächlich ein Problem bestünde. Aber derartige Erkenntnisse gibt es nicht. Ohne Not, ohne Sinn und ohne Verstand wird unsere Verwaltung gelähmt, unsere Polizei behindert und unsere Justiz mit Klagen überflutet.

Es profitieren Rechtsanwälte für neue Verdienstmöglichkeiten und diejenigen, die ihre Diskriminierung missbräuchlich geltend machen. Die Durchsetzung von Recht und Ordnung wird weiter erschwert. ■



© CDU-Fraktion, Berlin

Respektlosigkeiten, Beleidigungen und Aggressionen im öffentlichen Nahverkehr

Busfahrer besser schützen!

Wer an vorderster Front arbeitet, ist leider immer häufiger Zielscheibe von verbaler oder auch tätlicher Gewalt und muss kurzerhand als Sündenbock für Pleiten und Pannen herhalten, die ganz andere zu verantworten haben. Davon können auch Berlins Busfahrer ein trauriges Lied singen.



Fahrer sind oft Anfeindungen ausgesetzt ...

Schon ein Verkehrsstau, eine Verspätung, eine defekte Ampel, ein Unfall oder ein ausgefallener Bus veranlasst manche Zeitgenossen zu wilden Pöbeleien, Drohungen und sogar Handgreiflichkeiten. Da werden Fahrer, die selbst nicht froh sind, einem Roller auf der Busspur hinterherschleichen zu müssen, beschimpft, bespuckt, beleidigt oder mit Fäusten attackiert.

Wer sich entschieden gegen diese Entgleisungen zur Wehr setzt, braucht nicht nur Mut, sondern insbesondere auch die Rückendeckung des Arbeitgebers, in Berlin BVG oder Berlin Transport.

Mit der scheint es allerdings nicht immer zum Besten zu stehen: „Da passiert ja doch nichts“ oder „man handelt sich nur Ärger ein“, sind resignierte Feststellungen vieler Betroffener, die es längst müde geworden sind, jeden despektierlichen Vorfall zu melden. Das allerdings hat dann wiederum zur Folge, dass BVG-Chefin Sigrid Nikutta Statistiken präsentieren kann, die abnehmende Gewalt im öffentlichen Nah-

verkehr ausweisen, aber vermutlich die Realität schön- bzw. das Problem kleinreden.

Verrohung stoppen!

Einer, der ein Laisser-faire bei der Verrohung der Sitten im öffentlichen Nahverkehr nicht resigniert hinnehmen will, ist Falko Stubbe, der über jahrzehntelange Erfahrung im öffentlichen Nahverkehr bei der BVB Ostberlin verfügt und seit sechs Jahren Busfahrer beim Betriebshof Spandau ist.

Um angesichts der sich häufenden Respektlosigkeiten von Fahrgästen nicht die Freude an seiner Arbeit zu verlieren, hat er schon 2018 mit einem offenen Brief Alarm geschlagen: Darin beschreibt er einen typischen Fall von Ausschreitungen und fordert wirksame Gegenmaßnahmen seines Arbeitgebers – allerdings seit mittlerweile anderthalb Jahren vergeblich.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte bei Falko Stubbe, der zuvor schon allzu oft als „doof“, „faul“, „unfähig“ oder sogar als Nazi beschimpft worden war, als Fahrgäste an einer Unfallstelle, die mit dem von ihm gesteuerten Gelenkbus nicht passiert werden konnte, völlig die Contenance verloren. In maßloser Selbstüberschätzung hatten sie sogar versucht, das Steuer selbst zu übernehmen.

Respektlosigkeit und Missachtung

„Ich habe seit meinem Dienstantritt bei der BVG schon viel Respektlosigkeit und Missachtung erlebt,“ heißt es in dem daraufhin von ihm verfassten offenen Brief. Und weiter: „Ich hatte mehrere Fahrgastangriffe. Die mir anvertrauten Fahrzeuge wurden bespuckt, weil ich mich an Regeln, Gesetzesbestimmungen, aber auch Dienstanordnungen der BVG halte. Ich selber wurde bespuckt oder mir wurde bei der Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit Prügel angeboten.“

Kein Wunder, wenn Stubbe Maßnahmen fordert, damit er und seine Kolleginnen und Kollegen nicht länger als Blitzableiter, sondern wieder als Menschen wahrgenommen werden.



... auch wegen technischer Störungen.



Noch eine technische Panne

Treffen ohne Folgen

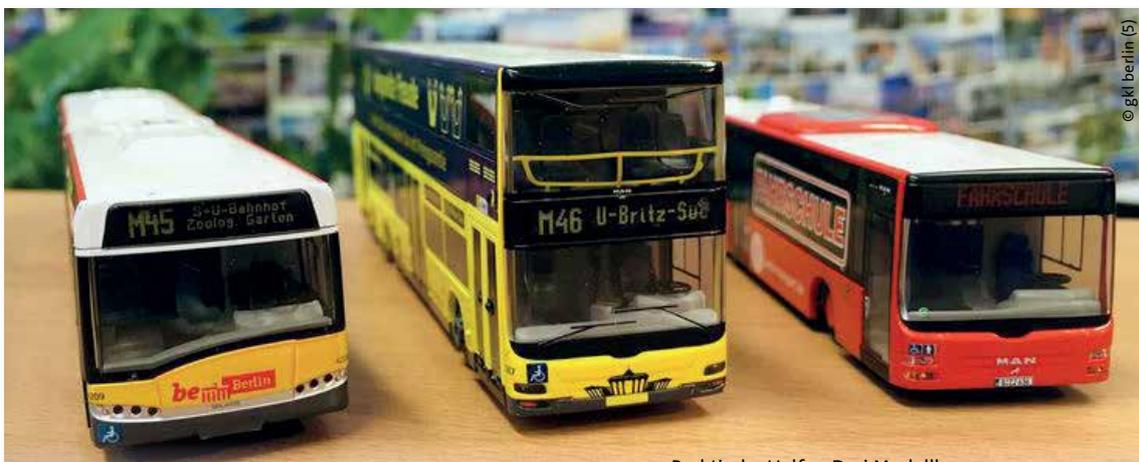
Immerhin hat Stubbes Alarmruf ein Treffen ausgelöst, an dem Vertreter des Personalrats und der BVG beteiligt waren, Außer verbalen Solidaritätsbekundungen ist dabei allerdings wenig herausgekommen.

Konkrete Maßnahmen sind bis heute ausgeblieben. Weder hat die BVG, wie vorgeschlagen, mit Piktogrammen auf grundlegende Verhaltensregeln in den Bussen und auf das Hausrecht des Betriebspersonals hingewiesen, noch Werbemaßnahmen entwickelt,

die Achtung und Respekt gegenüber dem Betriebspersonal fördern. Stattdessen verschanzt sich die BVG offenbar hinter Legitimationsfragen vor den „unbequemen“ Wahrheiten ihres Fahrers Stubbe, der übrigens auf mehrere Belobigungen von der BVG-Geschäftsführung für seine gute Arbeit verweisen kann.

Einen Beitrag zur Eindämmung der Gewalt im öffentlichen Nahverkehr leistet das Unternehmen mit dieser Vogel-Strauß-Politik ganz sicher nicht!

Christian Komorowski



Praktische Helfer: Drei Modellbusse

Modellbusse übergeben

Die Betriebsgruppe der BVG/BT der gkl berlin hat sich bei Rechtsanwalt Stefan Zingler vom Dienstleistungszentrum Ost für seine fachkundige Hilfe auf sehr praktische Art bedankt: Der stellvertretende Landesvorsitzende der gkl berlin, Stephan Briesenick, und der Betriebsgruppenvorsitzenden BVG/BT, Christian Komorowski, übergaben Ende Dezember drei Modellbusse, mit denen der Anwalt jetzt Verkehrssituationen besonders anschaulich nachstellen kann.



Stephan Briesenick (links) und Christian Komorowski (rechts) mit dbb Anwalt Stefan Zingler

dbb Justizgewerkschaften



Kämpfen für den Wandel!

Unermüdlich kämpfen die Justizgewerkschaften im dbb berlin für grundlegende Reformen, die die Funktionsfähigkeit von Justizverwaltung und Strafvollzug langfristig sicherstellen und angemessene Beschäftigungsbedingungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen! DJG, BSBD und DAAV zeigen in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins nochmals konkret auf, wo der Schuh ganz besonders drückt beziehungsweise wie sachgerechte Lösungen aussehen können.



DJG Berlin

Wir brauchen nachhaltige Reformen und keine Reförmchen!

Statt das hinlänglich bekannte Problem der Personalnot in der Berliner Justiz nochmals in schillernden Farben zu schildern, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ursachen zu benennen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Fakt ist, wir haben zu wenig Personal, das überdies ineffizient eingesetzt wird. Daran wird auch die vielgepriesene Bestenauswahl mit ständig modifizierten Beurteilungssystemen nichts ändern. Denn die dienen ausschließlich der Auswahl in Beförderungsverfahren und nicht dem Einsatz von Fachkräften an der passenden Stelle.

Ausbildung sachgerecht betreiben

Auch Ausbildungskampagnen haben sich als wenig geeignet erwiesen, die Personalnot zeitnah zu beseitigen, weil sie die ohnehin knappen personellen Ressourcen zusätzlich mit Ausbildungsaufgaben überfrachten. Ich möchte nicht falsch verstanden werden, Ausbildung ist wichtig und richtig, allerdings sollte sie Bediensteten überlassen bleiben, die dazu befähigt und auch willens sind. Was bringt es, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter Androhung von Beförderungsnachteilen zur Übernahme von Aufgaben zu bewegen, für die sie weder fachlich noch menschlich geeignet sind? Sinnvoller wäre es, Beschäftigte, die Ausbildungsaufgaben übernehmen wollen, zu schulen und entsprechend freizustellen – gern auch verbunden mit der Zahlung einer verlässlichen Zulage pro Azubi oder Anwärter. Ausbildung nur so nebenher zu betreiben, halte ich für einen fatalen Weg, der Auszubildenden und Anwärtern ein von vornherein unerwünschtes – wenn auch leider gegenwärtig sehr zutreffendes – Bild ihrer künftigen Tätigkeit vermittelt.

„Organisationaler Zynismus“

Während die Ausbildung bislang praktisch nebenbei abläuft, sind Kolleginnen und Kollegen, die für Verwaltungsaufgaben benötigt werden, zügig abkömm-

lich und ihre Arbeit darf auf die Verbliebenen verteilt werden. Diese Doppelmoral führt zu „organisationalem Zynismus“, was nichts anderes bedeutet als eine negative Einstellung gegenüber dem eigenen Arbeitgeber aufgrund einer fehlenden emotionalen Bindung. Diese ist wiederum Resultat des Verhaltens, das der Arbeitgeber – egal ob bewusst oder unbewusst – an den Tag legt. Die negativen Auswirkungen auf Betriebsklima und Arbeitsleistung der Beschäftigten sind beachtlich. Vermieden werden derartige Entwicklungen mit guter Führung und einer Unternehmenskultur, die die Beschäftigten einbezieht.

Zu viele Häuptlinge

Bezogen auf die Justizverwaltung fängt der organisationale Zynismus meiner Meinung nach schon damit an, dass zu viele (unfähige) Häuptlinge und zu wenige Indianer beschäftigt sind. Zudem hat niemand den Mut, unfähige Führungskräfte abzubauen und deren, teilweise unverständliche, Einzelaktivitäten zu zentralisieren bzw. wieder der Sachbearbeitung zuzuführen. Auf wenig Verständnis in der Belegschaft stößt auch die Praxis, Fachkräfte, die sachfremde Verwaltungsaufgaben erledigen, höher zu besolden als Kolleginnen und Kollegen in der Sachbearbeitung. Hier offenbart sich ein weiterer Missstand, nämlich die fehlende Stellenbewertung. Fakt ist, wir brauchen nachhaltige Reformen und keine Reförmchen im Kleinen, die keine Wirkung erzielen. Den vorhandenen Arbeitskräften muss eine zielführende Tätigkeit ermöglicht werden, ohne dass ständige Personal- und Sachgebietswechsel zum Zwecke der Postenbesetzung zu Unruhe führen. Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stehen an der Seite der Bediensteten und setzen alles daran, zu einer vernünftigen Work-Life-Balance zu gelangen beziehungsweise erhöhten Arbeitsdruck abzumildern.

Cornelia Schulz, stellvertretende Landesvorsitzende

BSBD Berlin**Finanzielle Anreize schaffen!**

Der aktuelle Doppelhaushalt beschert dem Justizvollzug 88 zusätzliche Stellen und insgesamt 19 Millionen Euro für die Instandhaltung der Haftanstalten. Bei einer reduzierten Belegung und zusätzlichen finanziellen Mitteln für Resozialisierungsmaßnahmen für Gefangene könnte die Bilanz auf den ersten Blick positiv sein. Es dürfte allerdings eine hohe Kunst sein, die Stellen mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen. Denn auf dem angespannten Arbeitsmarkt erhält naturgemäß der Arbeitgeber den Zuschlag, der das attraktivste Angebot bereithält und die höchste Arbeitszufriedenheit garantieren kann – und im öffentlichen Dienst der Hauptstadt ist das der Bund und weit abgeschlagen erst der Berliner Landesdienst. Umso unverständlicher, dass keinerlei Reaktion des Berliner Senats auf die bisherigen Aktivitäten der Bundesbehörden erkennbar ist. So fehlt etwa eine wirksame Werbe- und Imagekampagne für den Justizvollzug. Mit Witz und effizienter Ansprache! Und auch in den Sozialen Medien und auf Bewerbermessen!

Vor allem aber: Ohne eine attraktive finanzielle Ausgestaltung aller Berufsbilder im Strafvollzug wird geeignetes neues Personal kaum zu finden sein. Aktuell müssen gerade die Bereiche des Krankenpflege- und Werkdienst die leidvolle Erfahrung machen, wie schwer es ist, Stellen zu besetzen.

Ohne finanzielle Anreize geht es nicht

Ein erfolgversprechender Anreiz wäre es nach Ansicht des BSBD Berlin, die Anwärterbezüge auf das Niveau der Besoldungsgruppe A 5 anzuheben, zumal immer mehr Behörden das Eingangssamt auf A 7 gehoben haben. Auch die Ruhegehaltfähigkeit der Vollzugszulage und eine „wahre“ Anpassung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten wären zugkräftige Signale.

DAAV Berlin**Pensionswelle verschärft Personalmangel!**

Bei den Amtsanwälten besteht eine erhebliche Personalunterdeckung, die in den letzten Jahren nicht behoben wurde. Laut Personalbedarfsbemessung für die Ordentliche Gerichtsbarkeit (Pebbÿ) wären 122 bis 130 Amtsanwälte in den nächsten Jahren erforderlich, tatsächlich namentlich vorhanden sind circa 95 Amtsanwälte.

Vor allem aber fehlen berufliche Perspektiven. Paradebeispiel für die derzeitige Perspektivlosigkeit im Justizvollzug ist der Verwaltungsdienst. Hier wurden in Zeiten des Einsparens um jeden Preis viele höherwertige Stellen gestrichen und niedrigere Bewertungen vorgenommen bzw. Stellen mit Inhabern einer geringeren Gehalts- oder Besoldungsgruppe besetzt. Die Konsequenz: Jetzt fehlen im klassischen Verwaltungsdienst Beschäftigte im mittleren Dienst. Im gehobenen Dienst steht der Vollzug sogar fast vor einem Kollaps. Besonders im tariflich bewerteten Verwaltungsdienst herrscht absolute „Ideenlosigkeit“. Die meist weiblichen Beschäftigten können bis zum Ruhestand nur von beruflichem Fortkommen träumen. Weil der bislang alljährliche „Schmöckwitzprozess“ im Jahr 2019 leider ausgefallen ist, wurde ein ganzes Jahr verschenkt, um diesem Missstand wirksam entgegenzusteuern. Themen wie Anpassungen im Tarifrecht und im Laufbahngesetz sowie Anreizsysteme hätten besprochen und in Angriff genommen werden können.

Gewalt (k)ein Thema!?

Viele An- und Übergriffe auf Bedienstete und ihren privaten Lebensraum haben im vergangenen Jahr gezeigt, dass der Justizvollzug in der Diskussion um die öffentliche Sicherheit einen wichtigen Platz einnehmen muss.

Der BSBD Berlin fordert in diesem Zusammenhang insbesondere Rückendeckung des Dienstherren für Bedienstete, die von Gefangenen bedroht werden. Konsequenzen sind überfällig, damit die Beschäftigten ihren gesetzlichen Auftrag angstfrei erfüllen können.

*Thomas Goiny,
Landesvorsitzender*

die Anwaltschaft angewendet wird! Hinzu kommt, dass in den nächsten Jahren eine erhebliche Pensionswelle auf uns zukommt, ohne dass in ausreichendem Maße für die Ausbildung entsprechenden Nachwuchses Sorge getragen wurde. In manchen Jahren wurden nur zwei bis drei Anwaltsanwärter ausgebildet.

Zudem fehlt es an flexibleren (Abweichen von der Kernzeit) Arbeitszeiten und Wertschätzung. Die Allgemeine Stellenzulage, die den Rechtspflegern gewährt wird, wird den Anwälten, trotz jahrelanger Bemühungen, verwehrt. Andere Bundesländer haben diese jedoch bereits eingeführt, was den hiesigen Anwälten nicht verborgen geblieben ist.

Interesse gesunken

Problematisch ist auch, dass das Interesse der Rechtspfleger, aus denen die Anwaltschaft

ihren Nachwuchs bezieht, in den letzten Jahren gesunken ist. Hohe Arbeitsbelastung, enorme Flexibilität (mindestens zwei Sitzungen pro Woche und Bearbeitung der Akten mit Eingängen von bis zu 300 bis 350 Verfahren pro Monat in Spitzenzeiten, sowie Rufbereitschaften am Tage) und Bereitschaft zur ständigen Mehrarbeit prägen den Job eines Anwalts. Hinzugekommen ist die Vermögensabschöpfung, für die es ebenfalls keinen personellen Ausgleich gab.

*Stefanie Schick,
Landesvorsitzende*

BGH spricht Strafvollzugsbedienstete frei!

In einem wegweisenden Urteil hat der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 26. November 2019 – 2 StR 557/182019 – zwei Strafvollzugsbedienstete vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung nach Gewährung von Vollzugslockerungen freigesprochen. Das Landgericht Limburg hatte die beiden Beamten zuvor wegen fahrlässiger Tötung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil von ihnen gewährte Vollzugslockerungen ein Tötungsdelikt erst ermöglicht hätten.

Konkret hatten die in unterschiedlichen Justizvollzugsanstalten als Abteilungsleiter tätigen Angeklagten einem bereits vielfach wegen Verkehrsdelikten vorbestraften Strafgefangenen offenen Vollzug mit weiteren Lockerungen in Form von Ausgängen gewährt, ihm aber auferlegt, kein Fahrzeug zu führen. Während eines Ausgangs hatte der Strafgefangene jedoch ohne Fahrerlaubnis ein Fahrzeug geführt, war in eine Polizeikontrolle geraten und geflüchtet. Dabei lenkte er sein Fahrzeug bewusst auf die Gegenfahrbahn einer vierspurigen Bundesstraße und stieß auf seiner Flucht als „Geisterfahrer“ mit dem Fahrzeug einer 21-jährigen Frau zusammen, die tödliche Verletzungen davontrug.

Der Strafgefangene ist mittlerweile wegen dieser Tat unter anderem wegen Mordes rechtskräftig zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof ist jedoch der Ansicht des Landgerichts Limburg, dass die Strafvollzugsbeam-

ten eine Mitschuld am Tod der jungen Frau trifft, nicht gefolgt.

Ihre Entscheidungen, den Strafgefangenen in den offenen Vollzug zu verlegen und ihm weitere Lockerungen zu gewähren, seien nicht sorgfaltspflichtwidrig getroffen worden. Vollzugsbedienstete müssten, so die Richter, bei jeder Entscheidung über vollzugsöffnende Maßnahmen zwischen der Sicherheit der Allgemeinheit einerseits und dem grundrechtlich geschützten Resozialisierungsinteresse eines Strafgefangenen andererseits abwägen.

Die angeklagten Beamten hätten auf der Grundlage von Landesbestimmungen für den Strafvollzug entschieden und – aus der maßgeblichen Sicht zum damaligen Zeitpunkt – alle relevanten für und gegen eine Vollzugslockerung sprechenden Aspekte berücksichtigt. Der mit Entscheidungen über Vollzugslockerungen verbundene Beurteilungsspielraum sei nicht überschritten worden. ■

Auf den Punkt gebracht

Für den Berliner Senat ist Ideologie wichtiger als Lehrkräfteversorgung

Das Thema „Nichtverbeamtung der Lehrkräfte“ in Berlin kann auch nach dem Wiederverbeamtungsbeschluss der Landes-SPD nicht ad acta gelegt werden, denn Grüne und Linke mauern weiter. Welche verheerenden Konsequenzen dieser Starrsinn für die Personalausstattung an den Berliner Schulen, die Motivation der Beschäftigten und die Glaubwürdigkeit des Senats hat, hat der Landesvorsitzende des VLW Berlin, Stefan Hirsch, bei einer Personalversammlung der beruflichen und zentral-verwaltenden Schulen am 21. November 2019 nochmals auf den Punkt gebracht!

„Mittlerweile ist Berlin das einzige Bundesland in der Bundesrepublik, das seine Lehrkräfte nicht verbeamtet! In 15 Bundesländern werden Lehrerinnen und Lehrer zu Beamten ernannt, Berlin dagegen hält unbeirrt seit anderthalb Jahrzehnten an seiner einstellungspolitischen Geisterfahrt fest. Unterstützt übrigens von der GEW!

Merkwürdiges Selbstverständnis der GEW

Diese hat zwar offensichtlich nichts dagegen, dass in den übrigen Bundesländern Lehrkräfte ins Beamtenverhältnis berufen werden – zumindest hört man dort keine Proteste dieser Gewerkschaft –, aber in Berlin soll es nach dem Willen der GEW keine Verbeamtung von Lehrkräften geben. Natürlich auch nicht von jenen Lehrkräften, die dies ausdrücklich wünschen! Ein merkwürdiges Selbstverständnis für eine Gewerkschaft, die doch schließlich eine Interessenvertretung für die Beschäftigten sein soll. Offensichtlich glaubt die GEW, sie weiß besser als die Beschäftigten selbst, was für diese gut ist.

Beschluss von 2004 endlich revidieren

Allerdings will ich auch nicht so tun, als wenn es an der GEW läge, dass Lehrkräfte in unserem Bundesland weiter auf die längst überfällige Verbeamtung warten. So einflussreich ist diese Gewerkschaft nun nicht. In erster Linie ist dies vielmehr unserem Dienstherrn geschuldet, der sich bis jetzt nicht in der Lage sieht, den Beschluss von 2004 über die Nichtverbeamtung endlich zu revidieren. Zwar hat sich der Landesparteitag der SPD im letzten Monat für die Wiederverbeamtung ausgesprochen, doch was ist seitdem geschehen? Es herrscht Schweigen im Walde. Was unternimmt Frau Scheeres, um den von ihrer eigenen Partei mehrheitlich gewünschten

Beschluss umzusetzen? Bis jetzt offensichtlich nichts. Gleichzeitig wandern Lehrkräfte durch Kündigung in andere Bundesländer ab oder bewerben sich bei uns erst gar nicht nach dem Referendariat. Für den Senat scheint jedenfalls die Ideologie wichtiger als die Lehrkräfteversorgung zu sein. Natürlich ist es nicht so, dass die Verbeamtung den gravierenden Mangel an Lehrkräften mit einem Schlag beseitigen würde. Mildern könnte eine solche Maßnahme diesen Mangel aber schon.

Unerträgliche Doppelmoral

Nur als skandalös kann man allerdings u. E. die folgende Formulierung ansehen, die ich in der Broschüre der Senatsbildungsverwaltung mit dem Titel „Wegweiser für Ihren Traumberuf“ gefunden habe. Ich zitiere aus dieser Broschüre: „Sie werden in einem unbefristeten Angestelltenverhältnis eingestellt. Wenn Sie sich seit mindestens fünf Jahren als Lehrkraft im Beamtenverhältnis eines anderen Bundeslandes befinden, können Sie sich nach Berlin versetzen lassen, ohne diesen Status zu verlieren.“

Was soll man denn davon halten? Wäre ich angestellter Lehrer im Land Berlin – ich bin Beamter – käme ich mir verhöhnt vor! Hier wird ganz offen um verbeamtete Lehrkräfte anderer Bundesländer geworben, während man sich gleichzeitig weigert, die eigenen Lehrkräfte zu verbeamteten. Dies ist eine unerträgliche Doppelmoral, liebe Kolleginnen und Kollegen! ...

Wir fordern den Berliner Senat auf, unverzüglich die Wiederverbeamtung von Lehrkräften durchzuführen!

Die GEW fordern wir auf, uns bei unserer Forderung zu unterstützen!“ ■

dbb jugend berlin

„Digital Natives“ stärker einbeziehen!

Beim Ausbau der Digitalisierung im öffentlichen Dienst muss nach Überzeugung der dbb jugend berlin die junge Generation, die als „Digital Natives“ in der Regel einen selbstverständlicheren Zugang zu neuen Technologien und Medien hat als ältere Menschen stärker einbezogen werden.



Die Landesleitung der dbb jugend berlin: Marcel Oehm (Vorsitzender, VBOB), Yasemin Barghout (DSTG), Sondra Kossack (GdS) und Christoph Rieß (VBOB) (von rechts)

Aufgrund der hierarchischen Strukturen im öffentlichen Dienst werden Digitalisierungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung aber meist ohne Beteiligung der für neue Technologien besonders affinen jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getroffen. Um dieses Defizit zu beseitigen, hat die Landesleitung der dbb jugend berlin sich bei ihrer Sitzung am 13. Januar 2020 für die Einrichtung sogenannter „think tanks“ in den Berliner Behörden eingesetzt, in denen Fachwissen unabhängig von Dienstgrad und Position gebündelt wird, um in IT-Fragen aber auch bei im Personal- und Organisationsmanagement zu beraten.

Mehr Mut und Risikobereitschaft

Wie wichtig generell agileres Denken und Handeln in der öffentlichen Verwaltung ist, hatte der Vorsitzende der dbb jugend berlin, Marcel Oehm, auch gegenüber dem dbb Bund betont, der den Aufbruch des öffentlichen Dienstes in eine vielfältige, digitale und agile Zukunft zum Thema seiner diesjährigen Gewerkschaftspolitischen Arbeitstagung in Köln gemacht hatte. Oehm: „Ich wünsche mir mehr Offen-

heit für Neues – in jeder Hinsicht: Inhaltlich, personell und was den Zeithorizont angeht. Wenn Dinge und Prozesse zur Gewohnheit werden, leidet die Qualität. Neue Arbeitsmethoden, etwa eine häufigere Rotation, Wandel- oder alternative Ideenfindungs- und Prozessgestaltungstechniken haben aus meiner Sicht großes Potenzial das zu verhindern und frischen Wind in Abläufe und Lösungsansätze zu bringen. Es braucht Mut und Risikobereitschaft.“

Die Landesleitung der dbb jugend berlin will sich zur Durchsetzung ihrer weitgesteckten Ziele, bei denen eine mit der Digitalisierung einhergehende Flexibilisierung der Arbeit besondere Priorität besitzt, künftig noch stärker mit anderen Jugendorganisationen und insbesondere der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung vernetzen. Außerdem sollen weiterhin die Erfahrungen der Bundesverwaltung mit moderner Arbeitsprozessgestaltung gesammelt werden. Nach entsprechenden Informationsbesuchen im Bundeskanzleramt und beim Auswärtigen Amt ist deshalb im Frühjahr ein Besuch im Bundesfinanzministerium geplant.

Unterstrichen hat die Landesleitung bei ihrer Sitzung schließlich ihre Entschlossenheit zur Unterstützung von Maßnahmen gegen die zunehmende Gewalt gegen Bedienstete, insbesondere bei Polizei, Rettungsdiensten und Feuerwehr. Begrüßt wurde in diesem Zusammenhang, das von Bundesinnenminister Seehofer bei der dbb Tagung in Köln aufgegriffene Meldesystem, mit dem derartige Vorfälle künftig erfasst werden sollen. ■



© Christian Goiny (2)

Großeinsatz der Feuerwehr am Hindenburgdamm

Großbrand löst Welle der Hilfsbereitschaft aus!



Im Bürgerbüro konnten sich Einsatzkräfte und Betroffene erfrischen.

Erst nach vielen Stunden konnte ein Großaufgebot von Einsatzkräften der Feuerwehr am 16. Dezember 2019 einen komplizierten Wohnungsbrand am Steglitzer Hindenburgdamm löschen. Für die Bewohner des Hauses ein besonders trauriger Schock mitten in der Adventszeit, allerdings sind auch positive Aspekte zu verzeichnen: Für die Feuerwehrleute, die leider immer häufiger bei ihren Einsätzen Gewalttattacken ausgesetzt sind, gab es in Steglitz Dank und Anerkennung, für die betroffenen Bewohner jede Menge spontane Hilfe.

Einer, der die Welle der Hilfsbereitschaft mit ausgelöst hat, ist Christian Goiny, seines Zeichens CDU-Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses mit einem Bürgerbüro in unmittelbarer Nähe der Brandstelle. Goiny, der auch Mitglied im dbb berlin ist, war am Morgen des 16. Dezember schnell am Unglücksort zur Stelle und schätzte das Ausmaß der Katastrophe auch vollkommen richtig ein:

Betreuung im Bürgerbüro

„Mir war sofort klar, dass dieser Feuerwehreinsatz sich über einen längeren Zeitraum erstrecken würde. Ich habe mich deshalb spontan entschlossen, unser Bürgerbüro, das auf der anderen Straßenseite der Unglücksstelle gelegen ist, zu öffnen, Kaffee zu kochen und die Einsatzleitung der Feuerwehr zu informieren, dass dort ab sofort Kaffee und eine Toilette zur Verfügung stünden. Zur weiteren Verstärkung waren inzwischen auch mein Vater und ein Mitarbeiter unseres Büros eingetroffen.“

Die benachbarte Familie eines CDU-Vorstandsmitglieds in Lichterfelde wiederum kümmerte sich mittlerweile mit großem Erfolg um die Logistik.

Nicht nur, dass sie selbst Getränke, Stollen und Süßigkeiten besteuerten, sie animierten außerdem weitere Nachbarn zu ähnlichen Spenden. Schnell sprach sich unsere Aktion jetzt in der Nachbarschaft

herum und immer mehr Anwohner kamen und brachten Getränke, Süßigkeiten und sogar Pizza. Dadurch konnten wir über sechs Stunden circa 50 Feuerwehrleute, Polizisten und vom Feuer betroffene Bewohner versorgen und ein wenig unterstützen ...

Sozialstadtrat organisierte Hilfe vor Ort

Telefonisch hatte ich außerdem unsere Bezirksbürgermeisterin informiert, die daraufhin den Sozialstadtrat, einen Mitarbeiter der Bauaufsicht und den für Katastrophenschutz zuständigen Mitarbeiter zum Hindenburgdamm entsandte, sodass den Betroffenen schnell geholfen und die Feuerwehr bei ihrem Einsatz unterstützt werden konnte.“

Tatsächlich haben die Fakten Goinys unmittelbare Einschätzung über das Ausmaß des Brandes bestätigt und der entstandene Schaden ist leider erheblich: Nach Zeitungsberichten sind auf schätzungsweise 400 qm Wohnfläche Brandschäden entstanden, ebenso wie am Dach und einem Teil des Nachbardaches. Eine Person musste mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden und weitere erlitten leichtere Brandwunden. Wer den Betroffenen über die spontane Soforthilfe hinaus beistehen möchte, kann sich gern an den Bezirk Steglitz wenden.

Leinwand für einen Campingartikel	englische Schulstadt	Auslegung, Deutung	TV-Radiosender (Abk.)	Weißwal	auf etwas, jemanden zu	Stadt in NRW, am Hellweg	wurzellose Sporenpflanze	Abk. für Bundeskriminalamt	starke Abneigung	sportlich in Form	norwegische Hauptstadt	Alphabet	
						Bad im Spessart			Buch des Alten Testaments			3	
Fremdwortteil: fern		2			Mitteilung, Hinweis (Kzw.)			Ärger, Streit (ugs.)					
			Strom in Ostsibirien			6	belgischer Kurort		britischer Südpolarforscher (Robert F.)	chem. Element, Seltenmetall		ausführen, verrichten	
griech. Göttin der Morgenröte					<p>UNSERE GEWINNER</p> <p>Über flauschige Bieber der BBBank dürfen sich die Gewinner unseres Dezember-Preisausschreibens freuen:</p> <p>Winfried Giesenschlag, 13469 Berlin Dieter Exner, 13099 Berlin Rüdiger Reedwisch, 34292 Ahnatal Ludwig Auer, 14052 Berlin Jürgen Klingbeil, 14089 Berlin</p>								
Ausruf der Verwunderung	Knötengewächs		Koch-, Backanweisung										
										4			
höchster Teil der Karpaten		Felseninsel bei Marseille		Aristokratie						Laden, Geschäft (engl.)	Truthtenne	koffeinhaltiges Kaltgetränk	
italienische Hefeteigspeise					Kammlinie des Berges	kleines Klappfenster	ägyptische Hafenstadt		Fettgewebe beim Schwein				
	1			Musik: Tongeschlecht		großer Nachtvogel		5	Heiterkeit, Witz			7	
menschensähnliches Säugetier		amerik. Autor (Edgar Allan)			Meeresvogel		Tier oder Pflanze a. fernen Ländern				franz. weiblicher Artikel		
Signalfarbe				Senkblei		gefrorenes Wasser			Fußhebel; Tretkurbel				

Fünf hochwertige Schreibstifte ...



... des dbb berlin werden dieses Mal unter den Einsendern der richtigen Lösung des Schwedenrätsels verlost.

Wer Wert auf ein schönes Bild der eigenen Handschrift legt, sollte nicht versäumen, das richtige Lösungswort bis zum **15. Februar 2020** zu schicken an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

PREISRÄTSEL

Verkaufsoffene Sonntage festgelegt

Drei verkaufsoffene Sonntage hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales für das erste Halbjahr 2020 in Berlin festgelegt:

26. Januar – zur Internationalen Grünen Woche,

23. Februar – zur Berlinale – Internationale Filmfestspiele Berlin und

21. Juni – zum 25. Jubiläum der Fête de la musique.

An diesen Tagen können Verkaufsstellen von 13 bis 20 Uhr ausnahmsweise öffnen.

© MEV

Zusatzversorgung

BVerfG: Verpartnerte Versicherte gleichbehandeln!

Bei der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst gelten zwar für verpartnerte Lebensgemeinschaften dieselben Bedingungen wie für verheiratete Paare – allerdings nicht ohne Antrag. Weil das für die Betroffenen aber nicht erkennbar war, hat das BVerfG in einem Beschluss vom 11. Dezember 2019 – 1 BvR 3087/14 – der Verfassungsbeschwerde eines ehemaligen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stattgegeben, der in eingetragener Lebenspartnerschaft

lebt, aber eine Zusatzrente der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) wie ein lediger Versicherter erhält.

Die Anforderung, einen Antrag auf eine günstigere Berechnung der Zusatzrente zu stellen, führt, so entschieden die Richter, zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung und ist rückwirkend zu beseitigen.

Neue Jahreszahl

Verbraucherzentrale mahnt zur Vorsicht!

Die neue Jahreszahl 2020 hat es mit zwei gleichlautenden Ziffernfolgen in sich: Wird sie nämlich nicht voll ausgeschrieben, ist Betrug leicht möglich, weil die abgekürzte Jahreszahl leicht in ein anderes Jahr verwandelt werden kann. Die Verbraucherzentrale Bayern warnt davor, Verträge mit einer Datumsangabe wie 31. Januar 20 zu unterschreiben.

Durch zwei Ziffern ergänzt wird nämlich aus „20“ womöglich 2001, 2019, 2021 oder 2050.

Vertragspartner können auf diese Weise bewusst Fristen verkürzen oder verlängern und unberechtigte Forderungen erheben.

20!?

Januar/Februar 2020



Berliner des Jahres

Berndt Schmidt, Intendant und Geschäftsführer des Friedrichstadt-Palastes, wurde von der „Morgenpost“ nach einer Leserumfrage zum „Berliner des Jahres“ gekürt.

Die Zeitung würdigt damit die spektakulären Erfolge, die der seit November 2007 amtierende Schmidt mit seinen sensationellen und extravaganteren Revue-Inszenierungen feiert. So liegt die Auslastung des Hauses, das bei Schmidts Amtsübernahme noch von der Schließung bedroht war, mittlerweile bei über 93 Prozent.

Berliner des Jahres wurde Schmidt aber auch wegen seines Engagements für multikulturelle Vielfalt, gegen Rassismus, Antisemitismus und die AfD. So zählt auch der dbb berlin seit Jahren zu den Unterstützern der „Colours of Respect“, einem vom Friedrichstadt-Palast ins Leben gerufenen unabhängigen, politisch neutralen Statement für alle, die gegenseitigen Respekt schätzen und schützen.

iny